

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

In Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung, durch die Post bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 6,00 RM., vierteljährlich 18,00 RM., halbjährlich 33,00 RM., jährlich 60,00 RM. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter 6 Zeilen u. Wohnungsvermittler, 1 Spalte bis u. 25. 25%. Tagesgebühr laut Tarif. Anzeigen, die nicht durch den Verlag bezogen werden, sind zu bezahlen.

Schriftleitung und Druckerei: Marienstraße 38/40. Druck u. Verlag von Steffens & Reichardt in Dresden. Deutscher-Ring 1088 Dresden.

Abdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unentgeltliche Beiträge werden nicht angenommen.

Annahme verzinslicher Bareinlagen.
An- und Verkauf von Wertpapieren.
Hinterlegungsstelle von Wertpapieren zwecks Einlösung von Zins- und Gewinnanteilscheinen.
An- und Verkauf fremder Geldsorten.

Dresdner Handelsbank

Aktiengesellschaft

Post-Allee 9, im „Haus der Kaufmannschaft“, Schlachthofring 7, Wollmühlstraße 56, Großmarkthalle, Billaplatz 3, Kaiserstraße 11.

Scheckverkehr.
Einziehung und Ankauf von Wechseln.
Kreditverkehr gegen Wertpapiere und Waren.
Vermietung von feuer- und einbruchssicheren Stahlwänden unter Verschluss des Mieters und Mitverschluss der Bank.

Vor dem Ende der Auseinandersetzungen?

Neue Notizen an Frankreich.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
London, 29. Juli. Die geistige grundsätzliche Aussprache zwischen Lord Curzon und dem französischen Botschafter veranlasste heute gleichzeitige Beratungen der Kabinette von Paris und London. Von der Londoner Kabinetsberatung, an der auch die Premierminister der Dominions teilnahmen, verlautet, daß in ihr Überraschung über das Wiederanstehen der Truppenverfügungsangelegenheit zum Ausdruck gekommen sei. Ein Beschluß ist noch nicht gefasst worden. Man wartet offenbar das Ergebnis der Pariser Kabinetsberatung ab. Die soeben hier veröffentlichte neue deutsche Note an Frankreich, die betont, daß Berlin die Entscheidung des Obersten Rates in der Frage des Durchmarsches hinhaltet, erleichtert nach offizieller Ansicht die Situation.

Die englische Antwort an Frankreich.

London, 29. Juli. Am Spätnachmittag hat hier eine zweite Kabinetsberatung stattgefunden. Ihr Ergebnis ist eine neue Note an Frankreich. Der Wortlaut wird erst veröffentlicht werden, wenn sie in Briand's Händen ist. Wie wir erfahren, ist London im Prinzipien fest geblieben. Die grundsätzliche englische Auffassung geht dahin, daß die Entscheidung über weitere Truppenbewegungen nur den Alliierten gemeinsam zuzustimmen. Die englische Regierung bezweifelt die Notwendigkeit einer sofortigen Verstärkung, ist jedoch bereit zuzustimmen, wenn Paris diese Notwendigkeit zweifelsfrei nachweist. Die diplomatische Brücke scheint offenbar darin, daß es Paris freisteht, den Beweis sofort zu erbringen, so daß mindestens eine theoretische Möglichkeit gegeben ist, daß die Alliierten auf dem üblichen diplomatischen Wege alsbald zu einer gemeinsamen Entscheidung in der Frage gelangen können. Praktisch scheint jedoch ein entsprechender Beschluß vor dem 4. August wegen der Nähe der zur Verhängung stehenden Zeit wenig wahrscheinlich. Auf jeden Fall aber erwartet das Londoner Kabinett von seinem neuen Vorschlag eine Entspannung gegenüber Frankreich. Heberdies stimmt die deutsche Auffassung mit dem erwähnten englischen Prinzip überein.

Die Berater Briands.

Genf, 29. Juli. Das „Echo“ meldet, daß Briand, unabhängig von den gemeinsamen Beratungen der alliierten Sachverständigen, die am 27. Juli in Paris begonnen haben, Gutachten der militärischen und wirtschaftlichen Unterabteilungen in den französischen Ministerien als Unterlage für seine Anträge auf der Konferenz eingefordert habe. Diese Gutachten lauteten fast einstimmig gegen die Aufhebung der Sanktionen und gegen die Entscheidung über das oberschlesische Industriegebiet, da beide Materien für noch nicht spruchreif angesehen würden.

Korsantys Pariser Wählerarbeit.

Paris, 29. Juli. Korsantys hat heute der französischen Kammer einen Besuch abgeleistet und mit einigen Abgeordneten, A. B. Wetter, gesprochen, um sie im Hinblick auf die bevorstehende Ententeskonferenz über Oberschlesien zu bearbeiten. Wie verlautet, hofft Korsantys bestimmt, daß die französische Auffassung durchdringen wird. Er soll im Gespräch mit den Abgeordneten namentlich das Interesse der polnischen Stahlindustrie in Oberschlesien in den Vordergrund gestellt haben.

Zeitungsverbot im Abstimmungsgebiet.

Berolin, 29. Juli. Wie die „Schlesische Zeitung“ meldet, verbot die Interalliierte Kommission den Vertrieb der „Schlesischen Zeitung“ im Abstimmungsgebiet bis zum 2. August wegen eines am 21. Juli veröffentlichten Artikels, der die grauenerregende Behandlung der in der Deutschen Kolonie internierten Deutschen durch französische Militär zum Gegenstand hatte.

Steuerprogramm und Oberschlesien.

Berlin, 29. Juli. Eine Besprechung von Vertretern der Regierungsparteien hat gestern in Berlin stattgefunden. Die Besprechung über das neue Steuerprogramm der Regierung wird heute fortgesetzt. Die bisherige Stellungnahme, das neue Steuerprogramm von der vorläufigen Aufteilung des oberschlesischen Industriegebietes an Deutschland abhängig zu machen, ist von der Reichsregierung anscheinend aufgegeben worden.

Oberschlesien muß ungeteilt bleiben.

Berlin, 29. Juli. Die deutsche Regierung hat gestern der Ministerkonferenz nochmals eine Zusammenfassung aller verteilbaren Momente zugehen lassen, die jede von dem Resultat der Volksabstimmung abweichende Entscheidung für Oberschlesien zurückweist.

Die Gefahr des Bolschewismus in Oberschlesien.

Oppeln, 29. Juli. Der Tena-Korrespondent für Oberschlesien hatte Gelegenheit, mit einem maßgebenden oberschlesischen Industriellen zu sprechen, von dessen Munde zur Lage die folgende besonders bemerkenswerte Erkenntnis: Eines ist von der Entente bisher noch nicht erkannt worden: daß nämlich die Wurzel der oberschlesischen Volksbewegung keine nationale, sondern eine soziale ist. Durch den Krieg ist wie überall in den breiten Massen und namentlich in den unteren Schichten eine große Mißstimmung und allgemeine Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen angehäuft worden. Bei dem gewöhnlichen Manne in Oberschlesien ist daraus die Sehnsucht nach einer Änderung der bestehenden Verhältnisse entsprungen. Wer ihm eine solche Änderung verspricht, dem stimmt er zu. Korsantys, der den Oberschlesiern in Polen das Paradies in Aussicht stellte, war es daher ein leichtes, Anhänger zu finden. Bezeichnend ist, daß bei der ganzen Bewegung, namentlich auch während des letzten Aufstandes, das Polnisch-Nationale und Kommunistiche ineinander überging. In der Tat ist eine Grenzlinie zwischen der sogenannten nationalen und der sozialen Strömung in Oberschlesien nicht vorhanden; sie entspringen demselben Grundmotiv. Wer diese Zusammenhänge nicht erkennt, es auch ohne weiteres verständlich, daß in letzter Zeit ganze oberschlesische Gemeinden, die bei dem Plebiszit politisch abstimmen, erklärt haben, sie hätten zwar ihre Stimme für Polen abgegeben, damit aber keinesfalls sagen wollen, daß sie zu Polen kommen möchten. Es ist dies abzuwägen. Wer aber den Oberschlesier kennt, der weiß, daß dies möglich ist, weil er mit seiner Logik nicht zu begründen ist. Sollte man nun bei dieser Lage der Verhältnisse eine politische Entscheidung über Oberschlesien dahin fällen, daß Teile des Abstimmungsgebietes zu Polen geschieden werden, würde man das Ziel vollkommen verfehlen. In Polen würden die oberschlesischen Industriellen und Landarbeiter nur einer Verschlechterung ihrer sozialen Lage entgegengehen und ihre soziale Sehnsucht würde sie dann unweigerlich in die Arme des russischen Bolschewismus treiben. Hebrtens haben sich von allen Ententevertretern in Oberschlesien die in letzter Zeit eingetroffenen englischen Kommissare am meisten dieser Erkenntnis genähert.

Betrügereien mit Waffen.

Berlin, 29. Juli. Das Reichswehrministerium teilt mit, daß sich die Fälle mehren, in denen Rüstungen an die Truppenteile des Reichsheeres mit der Hilfe herantreten, ihnen Waffen und Ausrüstungsstücke angeblich zur Bildung von Selbstschutzabteilungen für Oberschlesien (S) zu überlassen. Sie zeigen dabei entsprechende Ausweise vor. Das Reichswehrministerium hat nunmehr scharfes Verbot gegen die unredliche Abgabe von Waffen erlassen und macht darauf aufmerksam, daß es sich in den meisten Fällen um Schwindler und um linksradikale Elemente handelt, die sich auf diese Weise in den Besitz von Waffen setzen wollen. In Zukunft sollen derartige Personen sofort festgenommen werden.

Um die Nachfolgerschaft des Bolschewismus.

Prag, 29. Juli. Wie hier verlautet, sind vor einiger Zeit einige der Führer der russischen Sozialrevolutionäre von Prag abgereist und halten sich an der russischen Grenze auf, wo sie den Fall des bolschewistischen Regimes erwarten wollen. Nach Mitteilungen aus dem Kreise der Sozialisten sollen die Bolschewisten die Sozialrevolutionäre auffordern haben, ein Komitee zu bilden, das in dem Falle, daß sich die bolschewistische Position in Rußland als unhaltbar erweisen würde, die Regierung übernehmen könnte. Die bolschewistischen Führer betonen, daß sie das Land nicht im Zustande vollkommener Anarchie lassen wollen, und daß deshalb schon jetzt nach einem Nachfolger Ausschau gehalten werde, wobei in erster Reihe die Sozialrevolutionäre und die Menschewisten (d. h. die Vertreter der Mindestforderungen des sozialistischen Programms, im Gegensatz zu den Bolschewisten, welche die Höchstforderungen aufstellen) in Betracht kämen.

Deutsch-russische Handelsbeziehungen.

Breslau, 29. Juli. Auf der Breslauer Herbstmesse die vom 4. bis 8. September stattfindet, wird zur Aufbahnung der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen die Handelsvertretung der russischen Sowjetregierung in Berlin im Ausstellungsgebäude eine amtliche Vertretung einrichten, deren Aufgabe es sein soll, sachverständige Auskunft über die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern zu geben. Es soll auch eine Anzahl von Waren und Mustern solcher Waren zusammengestellt werden, die Rußland zurzeit zu liefern vermag.

Englische Hilfsaktion für Rußland.

London, 27. Juli. Im Unterhause wurde gestern eine Sitzung russischer Abgeordneter des House of Commons und anderer Delegationen abgehalten, die sich mit der Frage der in Rußland drohenden Hungersnot befaßte. Die Teilnehmer beschloßen, einen Ausschuß zur Bekämpfung des Hungers zu bilden. (W. T. N.)

Erschwerte deutsch-französische Verständigung.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Genf, 29. Juli. Der „Temps“ meldet, daß die deutschen Vertreter, die seit sechs Wochen in Paris über die Wiedergutmachung verhandeln, nach Berlin zurückkehren werden, um neue Inkarnationen ihrer Regierung einzuholen. Es zeige sich immer mehr, daß auf der Grundlage der bisherigen beiderseitigen Vorschläge eine Verständigung sehr erschwert sei.

Der deutsch-französische Handel.

Berlin, 28. Juli. Im Zusammenhang mit den Ausführungen des Wiederaufbauamministers Dr. Mathison gab Staatssekretär Dr. Girsch einen Überblick über die Erfahrungen wegen des Lockes im Westen und die Gestaltung der deutsch-französischen Handelsbeziehungen. Er betonte die Schwierigkeiten, die der deutschen Wirtschaft durch die Unterbrechung der deutschen Ein- und Ausfuhr im Westen unter das von der Entente eingeführte Ein- und Ausfuhrregime angefügt werden, und hob hervor, daß die innere Verengung der meisten deutschen Reichswerte auch von der Gegenseite nicht verkannt werde. Der Wunsch der Gegenseite nach einer allgemeinen Kontingentierung der Einfuhr, die nicht ganz freigegeben werden könne, begreife von deutscher Seite keinen grundsätzlichen Bedenken, natürlich unter der Voraussetzung, daß die wirtschaftliche Einheit wieder hergestellt und damit überhaupt eine Wirtschaftsregelung für Deutschland wieder möglich werde. Hierüber soll demnächst weiter verhandelt werden. (W. T. N.)

Nochmals die Fälschung der Saarländeradresse.

Zaarbrücken, 28. Juli. Durch eine Mitteilung der mehrheitssozialistischen Saarbrücker „Volkstimme“ (heute) die feinerzeitige Rückabnahme der Saarländer-Adresse, die bei dem Zustandekommen der Bestimmungen über das Saargebiet im Versailler Vertrag eine große Rolle spielte, eine wertwürdige Aufklärung zu finden. Die „Volkstimme“ die sich gegen die politischen Verdrehungen des neuen „Saarfuhrers“, des französischen Propagandachefen wendet, der die Fälschung der Saarländer-Adresse als lächerliches Märchen darzustellen versucht hat, erklärt, daß um die fragliche Zeit zu einem bestimmten Zeitpunkt die Verlautbarung einer im französischen Text gehaltenen Adresse zur Unterdrückung tatsächlich vorgelesen wurde. Die Möglichkeit, daß die Kopfabdrucke vertauscht oder den Verlauterern, welche die Adresse selbst gar nicht in Besitz bekommen haben, eine andere Absicht als die bezweckte vorzulesen wurde, während man die auf einzelnen Wählern getätigten Unterschriften für französische Zwecke benutzte, liegt gar nicht so fern.

Gleichstellung des Mittelstandes mit den Arbeitern.

Bei Preisermäßigungen für die minderbemittelte Bevölkerung beim Verkauf von Lebensmitteln, Kleidung und Schuhwerk aus Reichsbeständen werden in Zukunft alle wirtschaftlich Schwachen berücksichtigt werden, also nicht nur Arbeiter, sondern auch Beamte, Privatangehörige, Rentner, Pensionäre und andere Personen, die notleidend sind.

Neue Lohnforderungen.

Wie aus Halle gemeldet wird, haben die Bergarbeiter des Westfalens beschlossen, wegen der fortwährenden Steigerung der Lebensmittelpreise neue Lohnforderungen zu erheben. Es kommen 13 Werke mit 12 000 Arbeitern in Frage. (W. T. N.)

Metallarbeiterstreik in Aachen.

Aachen, 28. Juli. (Agence Reiga.) Die Metallarbeiter in den Werkstätten der roten Erde haben den Ausmarsch erklärt. Zahlreiche Ausführende marschierten in geschlossenem Zuge durch die Stadt und drangen gewaltsam in die Werkstätten ein, um das Personal zur Niederlegung der Arbeit zu zwingen. Die Ausführenden wollten auch Kundgebungen vor dem Rathaus veranstalten, wurden aber von der bewaffneten Macht daran gehindert. Da demnächst Gerüchte umlaufen und die Freiheit der Arbeit gefährdet erscheint, so sind für fünf Tage alle Versammlungen und Kundgebungen untersagt und die Polizei verstärkt worden.

Der Zusammenbruch der Kriegsschuldfrage.

Stockholm, 28. Juli. „Svenska Dagbladet“ schreibt am Schluß einer ausführlichen Besprechung der von Sievert herausgegebenen russischen diplomatischen Mitteilungen, daß die Centralmächte im höheren Grade als die Entente den Krieg wollten, in eine Doktrin, die nicht mehr aufrecht erhalten werden kann. Bekanntlich weisen auch die belastenden Aktenstücke in dieser Richtung. (W. T. N.)

Die Opfer von Avignon.

Paris, 28. Juli. Ein Mitarbeiter des „Excelsior“ hat heute dem Gefangenlager in Avignon einen Besuch ab. Er will festgestellt haben, daß sich in ganz Frankreich nur noch 90 deutsche Kriegsangehörige befinden. Davon seien 11 im Gefangenlager von Avignon, die anderen seien als freie Arbeiter (?) nach verschiedenen Departements geschickt worden. Aus dem Register geht hervor, daß die in Avignon zurückgehaltenen Gefangenen wegen Vergehen gegen das gemeine Recht (?) bestraft wurden. Einige Verurteilte, die geistig krank geworden sind, seien in Heilanstalten überführt worden. Einen Teil der Gefangenen habe unlängst der Präsident der Republik begnadigt. (?)